

Kommentar zum Haushalt/Haushaltssicherungskonzept 2013 der Gemeinde Lilienthal

Das Haushaltssicherungskonzept 2013 der Gemeinde Lilienthal beschreibt die Hilflosigkeit von Verwaltung und Gemeinderat wie schon in den Vorjahren, den Haushalt zu sanieren und die exorbitant hohen Schulden der Gemeinde abzubauen zu können.

Haushalt 2012 - (Zur Erinnerung)

Schon im Haushaltssicherungskonzept 2012 lässt die Verwaltung der Gemeinde Lilienthal keinen Zweifel daran, dass sie mit ihrem Haushaltsplan gegen die Vorschriften des § 110 NKomVG verstoßen wird, verweist auf einen Fehlbetrag bis zum Jahr 2010 in Höhe von 9,137 Mio. € und erklärt, dass bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2015 wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könnte, wenn die wirtschaftliche Situation sich weiterhin so positiv entwickeln würde. Für den Zeitraum 2011 bis 2015 rechnet die Verwaltung noch einmal mit einem Defizit von 3,039 Mio. €.

Obwohl die Gemeinde gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, genehmigt der Landkreis die genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung mit Schreiben vom 18.07.2012, wenn auch nur mit klar umrissenen Auflagen. Die mit diesen Auflagen begrenzte Genehmigung ist nicht nachzuvollziehen, wenn man liest, dass auch der Landkreis unmissverständlich formuliert, dass die Gemeinde Lilienthal „damit gegen die Vorgaben des § 110 Abs. 6 S. 3 NKomVG verstoßen hat.“ Es sollte selbstverständlich sein, dass Gesetze nicht nur vom Bürger, sondern ebenso auch von den Behörden zu befolgen sind! Offensichtlich wird dann doch mit zweierlei Maß gemessen.

Von den im Genehmigungsschreiben vom 17.07.2012 aufgelisteten Auflagen wurde im Jahr 2012 auch nicht eine einzige Auflage erfüllt!

Haushalt 2013

Wieder erklärt die Verwaltung, dass sie die gesetzlichen Vorgaben des § 110 NKomVG verstanden hat, um gleich darauf hinzuweisen, dass sich für das Haushaltsjahr 2013 keine Möglichkeit ergibt, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Im Gegensatz zur Formulierung im Haushaltssicherungskonzept 2012, wonach die Gemeinde davon ausgeht, dass zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2015 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könne, wenn sich die wirtschaftliche Situation sich weiterhin positiv entwickeln würde, schränkt die Verwaltung diese positive Beurteilung im Haushaltssicherungskonzept 2013 deutlich ein und erklärt, **es sei im Moment nicht sicher, dass zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2016 wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könne.** Der Fehlbedarf aus den Vorjahren von 1996 bis zum 31.12.2011 wird mit 8,147 Mio. € angegeben.

Im Haushaltssicherungskonzept 2013 erklärt die Gemeinde, **dass der im Haushaltsplan 2012 ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 295.900 € (Fehlbetrag 795.000 € abzüglich der einmaligen Einnahme für einen Grundstücksverkauf in Höhe von 500.000 €) nicht zu halten ist und sich aufgrund geringerer Steuereinnahmen erhöhen wird.**

Das Haushaltsjahr 2013 soll mit einem Fehlbetrag in Höhe von 896.900 € abschließen, wobei in diesem Betrag bereits wieder eine einmalige Einnahme aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 500.000 € enthalten sei. Mit anderen Worten: Das eigentliche Defizit 2013 beträgt 1,397 Mio. € und wird nur durch den Verkaufserlös von Vermögensgegenständen geschönt.

Auch für die Folgejahre 2014 bis 2016 rechnet die Gemeinde mit strukturellen Defiziten in Höhe von 2,935 Mio. €.

Mithin wird seit 1996 bis einschließlich 2016 ein Gesamt-Defizit in Höhe von 12,274 Mio. € erreicht sein!

Unter Berücksichtigung dieser Daten kann man nur zu dem Schluss kommen, dass sich die dramatische Haushalts- und Schuldensituation der Gemeinde in keiner Weise entspannt hat und auch keine Aussicht auf Besserung in Sicht ist.

Verwaltung und Gemeinderat machen es sich zu einfach, wenn sie behaupten, dass „diese Ertragslage im Wesentlichen fremdbestimmt“ ist. Fremdbestimmt waren weder das Projekt „Linie 4“ noch der Neubau einer nicht benötigten Grundschule vor ein paar Jahren oder der Anbau einer großen Turnhalle oder Kosten für Gutachten zur Bebauung des Rolandsgrabens oder der Bau eines Ottertunnels für 350.000 € vor wenigen Monaten, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Auch der Hinweis der Verwaltung, dass die vom Land in der Vergangenheit vorgenommenen Eingriffe in den Finanzausgleich und die Kürzung der Steuerverbundquote sich deutlich nachteilig auf die Finanzsituation der Gemeinde Lilienthal ausgewirkt habe, geht an der Realität vorbei.

Die Gemeinde Lilienthal hatte in der Vergangenheit und hat auch in der Zukunft, wie bereits durch den Landkreis festgestellt wurde, kein Einnahmeproblem, sondern eindeutig ein hausgemachtes Ausgabeproblem.

Durchschnittliche jährliche Mehreinnahmen*

2006 bis 2011
0,583 Mio. €

2012 bis 2016
0,825 Mio. €

Durchschnittliche jährliche Fehlbeträge trotz Mehreinnahmen*

2006 bis 2011
0,251 Mio. €

2012 bis 2016
0,826 Mio. €

*(soweit uns aktuelle Daten zur Verfügung standen)

Bürgermeister Willy Hollatz bestätigt erstaunlicherweise erstmals in seinem jüngsten Interview mit der Wümme Zeitung am 05.01.2013, dass die Gemeinde über „eine gute Finanz- und Steuerkraft“ verfügt. Umso unverständlicher ist, dass Verwaltung und Gemeinderat es seit Jahren nicht schaffen, zumindest einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen!

Im Kapitel C „Bisherige Haushaltskonsolidierung“ listet die Verwaltung die Maßnahmen auf, die sie seit 2005 eingeleitet hat.

Offensichtlich haben die geplanten und möglicherweise auch realisierten Ausgabenreduzierungen bzw. Einnahmenerhöhungen aus dem Zeitraum 2005 bis 2012 keinen wirklichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können.

Einmal davon abgesehen, dass die aufgelisteten Einsparpositionen nur vage andeuten, was erreicht werden sollte bzw. wurde, wollen wir anhand von zwei Positionen aus der Vergangenheit belegen, dass Verwaltung und Gemeinderat nicht ernsthaft an einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung arbeiten.

- Begrenzung der Summe „Bauliche Unterhaltung der gemeindeeigenen Gebäude“ auf 550.000 €. Das heißt doch nichts anderes, als dass die Gemeinde notwendige Unterhaltungsmaßnahmen auf Folgejahre verschieben wollte. Diese Verschiebung von notwendigen Aufwendungen auf Folgejahre hat mit Haushaltssanierung nichts zu tun. Ganz im Gegenteil, die dauerhafte Finanzsituation verschlechtert sich dadurch erheblich. Ein beredtes Beispiel zeigt der Straßenzustandsbericht 2013. Im Jahr 2010 betrug die Summe der aufgeschobenen Sanierungsmaßnahmen noch 8,955 Mio. €, in 2013 sind es schon 14,345 Mio. €. Eine Steigerung des Mehraufwandes in 3 Jahren um 60 Prozent aufgrund von Verschiebungen?! Von diesen 14,345 Mio. € macht die Kategorie A „Verkehrssicherungspflicht ist gefährdet – Umsetzung erforderlich bzw. dringlich“ 10,965 Mio. € aus, was einem Anteil von 76 Prozent entspricht!
- Erschließung Rolandsgraben streichen. Erstens trägt die Streichung eines Projektes nicht zur Haushaltskonsolidierung bei, sondern verhindert, dass das Haushaltsdefizit bzw. die Verschuldung weiter steigen. Zweitens verkennt die Verwaltung, dass der Bebauungsplan Rolandsgraben nicht aufgrund der Initiative der Verwaltung oder des Gemeinderates erfolgte, sondern weil die Mehrheit der Bevölkerung nicht bereit war zu akzeptieren, dass die Gemeinde für ein privates Bauvorhaben einem privaten Investor ca. 1,2 Mio. € Zuschuss für die Erschließung des letzten Naturschutzgebietes in Lilienthal Mitte gewähren wollte. Bedauerlicherweise wurden bis zur endgültigen Ablehnung dieses Projektes ca. 210.000 € Kosten aufgewendet, zu Lasten des Haushaltes und einer Haushaltssanierung. Das waren vermeidbare Aufwendungen, weil klar war, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Projekt niemals akzeptieren würde.

Nachdem ein Vertreter des Landkreises auf einer Ratssitzung der Gemeinde Lilienthal Ende 2012 den staunend zuhörenden Ratsmitgliedern noch einmal deutlich gemacht hat, dass die gesetzlichen Bestimmungen des § 110 NKomVG einzuhalten sind und dass die vom Innenministerium ergangenen Hinweise zur Ausgestaltung

des Haushaltssicherungskonzeptes eingehalten werden müssen, legt die Verwaltung im Haushaltssicherungskonzept 2013 nun erstmalig einen konkreten Katalog von Maßnahmen vor, der einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten soll.

Diesem Katalog entnehmen wir, dass bis zu maximal ca. 180.000 € eingespart werden sollen und bis zu maximal ca. 100.000 € an Abgabenerhöhungen geplant sind. Wir wollen diese Kosteneinsparungsbemühungen und Abgabenerhöhungen nicht klein reden, aber dieser Beitrag von insgesamt 280.000 €, wenn er sich dann auch wirklich realisieren lässt, reicht in keiner Weise aus, um den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Haushaltskonsolidierung heißt im ersten Schritt, die jährlichen strukturellen Defizite so zu reduzieren, dass zumindest in den nächsten Jahren ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden und dies nachhaltig. Selbst wenn die Gemeinde dies in ein paar Jahren vielleicht erreicht, ist ein Schuldenabtrag immer noch nicht möglich.

Die Zinsaufwendungen für die Kredite der Gemeinde, die die Gemeinde Lilienthal heute schon und dies trotz eines extrem niedrigen Zinssatzes leisten muss, betragen nur für den Kernhaushalt (2013) 1,984 Mio. € jährlich, mit steigender Tendenz. Steigen die Zinsen, womit in Zukunft gerechnet werden muss, wird das angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ad absurdum geführt.

Rechnet man die Zinsaufwendungen für die Eigen- und Nebenbetriebe hinzu, erreicht die Zinslast einen Betrag von ca. 2,9 Mio. €.

Das zweite Ziel, den exorbitant hohen Schuldenberg der Gemeinde abzutragen, bedingt nicht nur einen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt, sondern jährlich deutliche nachhaltige Überschüsse. Von diesem zweiten Ziel ist die Gemeinde Lilienthal meilenweit entfernt.

Verwaltung und Gemeinderat sind immer noch nicht bereit, sämtliche Aufwandspositionen der Gemeinde auf Kürzungspotentiale hin zu überprüfen. Das, was Verwaltung und Rat an Kürzungen im Haushalt 2013 beschlossen haben, sind vage formulierte Einsparmöglichkeiten bei der Ganztagschule und den Grundschulen. Die übrigen Positionen betreffen Kürzungen bei Vereinen, Stiftungen und Organisationen, die in der Summe so gut wie keinen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten, die Vereine, Stiftungen und Organisationen aber hart treffen und die Fortführung dieser durch Ehrenamt geleisteten Arbeit in Frage stellen.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum Verwaltung und Gemeinderat ihre Kürzungsvorschläge im Wesentlichen auf „Freiwillige Leistungspositionen“ konzentrieren. Es gibt erhebliches Einsparpotential. Verwaltung und Gemeinderat haben bisher nicht den Mut gefunden, Aufwandspositionen zu prüfen, deren Kürzungen höchst unpopulär sind.

Da ist zum Beispiel der Aufwand für das Hallenbad, das jährlich zwischen 350.000 € und 400.000 € an Defiziten verursacht. Wenn das Hallenbad nicht kostenneutral oder mit einem deutlich niedrigeren Defizit zu betreiben ist, bleibt der Gemeinde unter der gegebenen Finanzsituation nichts anderes übrig, als das Hallenbad zu schließen. Wir haben Vorschläge gemacht, wie man das Hallenbad erhalten kann, wenn man versucht, die Vereine einzubeziehen, und eine Art Genossenschaft gründet.

Die Personalkosten der Verwaltung sind für das Jahr 2013 mit 6,725 Mio. € eingeplant. Allein diese Aufwandsposition macht 1/3 der Gesamtaufwendungen für das Jahr 2013 aus. Die Kostensteigerung von 2012 (6,365 Mio. €) zu 2013 (6,725 Mio. €) beträgt 360.000 € = 5,1 %. Die Erhöhung mag teilweise durch Tarifierhöhungen erzwungen sein, konterkariert jedenfalls die gesamte geplante Kosteneinsparung 2013. Die Aufwandsposition Personalkosten kann dann deutlich reduziert werden, wenn die Gemeinde Lilienthal mit den Nachbargemeinden Aufgaben zusammenlegt (Beispiele sind der Bauhof oder der IT-Bereich, aber auch Einwohnermeldeamt etc). Wir gehen dabei nicht soweit wie der Bürgermeister von Worpsswede, der sogar über eine Fusion von Gemeinden nachdenkt. Die Bemerkungen von Bürgermeister Willy Hollatz, wir müssten dann auch sagen, welche Leistungen wegfallen sollen, geht ins Leere. Es geht ohne Leistungskürzungen der Gemeinde! Hier geht es um die Zusammenlegung von Aufgabenbereichen und nicht um das Streichen von Gemeindeleistungen! Heute konnte man in der Wümme-Zeitung lesen, dass Grasberg und Worpsswede ihre Standesämter in Worpsswede zusammenlegen und Grasberg die Personalabrechnung übernimmt. Was in Worpsswede und Grasberg jetzt praktiziert werden soll, geht auch, wenn die Gemeinde Lilienthal endlich von ihrer ablehnenden Haltung ablässt und sich an dieser Aufgabenzusammenlegung beteiligt.

Gerade wurde für die Gemeinde Worpsswede die Überschuldung festgestellt. Für diese Gemeinde ist das der finanzpolitische Gau. Wie weit ist die Gemeinde Lilienthal von der Überschuldung entfernt? Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 weist eine Netto-Vermögensposition von 59,122 Mio. € und eine Verschuldungsposition von 45,918 Mio. € aus. Zum 31.12.2012 muss die Gemeinde eine konsolidierte Bilanz vorlegen, also Kernhaushalt plus Eigen- und Nebenbetriebe. Auch bei den Eigen- und Nebenbetrieben erkennen wir hohe Schuldenpositionen. Darüber hinaus weist der Straßenzustandsbericht aufgeschobene Straßensanierungsmaßnahmen in Höhe von 14,345 Mio. € aus. Die jährlichen Haushaltsdefizite seit Aufstellung der Eröffnungsbilanz sind erschreckend. Die Grundstücksverkäufe aus den Jahren 2012 und 2013 reduzieren zwar die jeweilige Haushaltsdefizite, verringern aber auch die Summe der Vermögenswerte.

Wenn Bürgermeister Willy Hollatz im Interview der Wümme Zeitung vom 05. Januar 2013 daran glaubt, dass die Gemeinde Lilienthal gut aufgestellt ist, belegt dies, dass die dramatische Haushaltssituation der Gemeinde bei den Verantwortlichen der Verwaltung immer noch nicht angekommen ist.